

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg. monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Informationspreis: Die 7 gelblich gefärbte Kolonelleile ober dem Raum 1.00 Mk. bei Planarbeits 2.00 Mk. Familiennachrichten die 7 gelblich gefärbte Seite 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Wie in Bayern die „Wahrheit“ ermittelt wird.

Die bayerische Regierung tut alles, um die Aufklärung der Morde des Dohner zu verhindern. Die Polizeidirektion läßt eine Darstellung veröffentlichen, wonach ein 24-jähriger Student des Mordeversuchs an dem Reichsmehrsoldaten Dohner als eine harmlose Beiprüfung erklärt, die er nach ein Begleiter vorgekommen haben, weil Dohner für den Verrat des Waffensagers nicht mehr als die ursprünglich geforderten 1000 Mk. verlangt habe. Sämtliche Angaben Dohners über einen Mordplan und Verhandlungen über miteingetragene Zeugniserklärungen usw. seien erlogen. Ein zweiter Student soll diese Angaben bekräftigt haben.

Inzwischen hat der Staatsanwalt nicht die von den Wagn. Kamm (S.P.D.) und Garolo (U.S.P.) geforderte Verhaftung des Polizeikommissars Glaser vorgenommen, sondern er hat den Reichsmehrsoldaten Dohner verhaften lassen. Ebenso den bayerischen Spigel Frahenr, diesen letzteren auf Bewandlung der Entente-Kommission. Mit diesen Verhaftungen ist schließlich der erste Schritt getan, um die Mordgesellen außer Schußweite zu bringen und ihre Ankläger zu entlasten zu machen.

Aufhebung des Flugverbotes.

Berlin, 30. Oktober. (W. I. B.) Die Gefahr eines Stillstandes des deutschen Luftverkehrs ist, wie wir hören, abgewendet. Nach Aufklärung verschiedener Mißverständnisse hat die internationalisierte Luftverkehrskommission das über verschiedene große deutsche Luftverkehrsunternehmen verhängte Verbot der Ausfuhr weiterer Flüge in Deutschland zurückgezogen. Sie hat sich ferner bereit erklärt, die in Wien und Königsberg beschlossenen deutschen Flugzeuge freizugeben. Auch dagegen, daß mit rein zivilen Luftfahrzeugen weitere Flüge ins Ausland ausgeführt werden, erhebt sie keine Einwendungen. Aufrechterhalten bleibt hiernach nur das Verbot von Auslandsflügen für die deutschen Flugzeuge, die früher Militärflugzeuge gewesen sind, und deren Verwendung für den zivilen Luftverkehr die Kontrollkommission aus Entgegenkommen gestattete. Für den Inlandsverkehr können auch diese Fahrzeuge ungeschindert weiter benutzt werden. Des Reichsluftamt wird der Fortsetzung der Kontrollkommission entsprechend den Auslandsverkehr der oben bezeichneten früheren Militärflugzeuge unterliegen. Es hat sich hierzu bereit gefunden, um weitere Schäden von der deutschen Flugzeugindustrie und dem deutschen Luftverkehrswesen abzuwenden, ohne dabei seinen grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, daß die Kontrollkommission nicht berechtigt gewesen wäre, die einmal erteilten Konzessionen wieder zurückzuziehen, nachdem sie monatelang die Ausfuhr von Auslandsflügen mit den damals freigegebenen Fahrzeugen widerspruchsfrei gebildet hat.

Eine französische Note an England.

L. London, 1. November. Das englische Auswärtige Amt soll von Frankreich eine Note erhalten haben, deren Abfassung einen ziemlich harschen Ton aufweist. Es ist darin gesagt, daß keiner der Alliierten den § 18 des Friedensvertrags auf eigene Faust auslegen sollte. Der Vertrag, der die Unterschrift aller alliierten Mächte trage, könne nur durch eine vorherige Beratung mit Frankreich abgeändert werden. Der betreffende Paragraph müsse in seiner Vollständigkeit angewendet werden und England habe in keinem Fall die Befugnis, auf Rechte zu verzichten, die ihm auf Grund des Paragraphen eingeräumt wurden. Frankreich weist daher die englische Forderung zurück, wonach es den verschiedenen alliierten Regierungen freigegeben werde, nach eigenem Ermessen Schritte zu unternehmen, welche sie für notwendig erachten.

Deutsch-polnische Verhandlungen über Wirtschaftstragen.

W. Warschau, 1. November. Wie der Vertreter des East Service erfährt, trifft der Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Straßburger, in den nächsten Tagen in Berlin ein. In den Berliner Besprechungen sollen alle Wirtschaftstragen, insbesondere auch die Fragen des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens im Zusammenhang erörtert werden, um eine neue Grundlage für die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland zu schaffen.

Die Annahme der Vereinbarungen durch die englischen Bergarbeiter gesichert?

Amsterdam, 30. Oktober. Telegraf meldet aus London: Die Konferenz der Eisenbahner beschloß, solange nichts zu unternehmen, bis das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter bekannt sei. Der Vorsitzende Thomas erhofft Annahme der Regierungsbedingungen.

London, 30. Oktober. (Neuer.) Die überwiegende Mehrheit der englischen Bergarbeiter ist zur Annahme der im englischen Kohlenstreik getroffenen Vereinbarungen bereit.

Eine neue internationale sozialistische Konferenz.

Zürich, 29. Oktober. Die sozialistische Partei der Schweiz hat beschlossen, auf den 27. und 28. November nach dem Berner Volkshaus eine Konferenz von Vertretern derjenigen Parteiorganisa-

tionen einzuberufen, die seinerzeit aus der Zweiten Internationale ausgetreten sind, aber infolge der 21 Bedingungen nicht in die Dritte Internationale eintreten können. Die Konferenz soll prüfen, wie das Verhältnis dieser Parteien zur Dritten Internationale geordnet werden könne bis zu dem Zeitpunkt, da auch ihnen der Beitritt ermöglicht werde.

Die belgischen Sozialisten bleiben in der zweiten Internationale.

Brüssel, 31. Oktober. Der Sozialistenkongress hat die Tagesordnung des Brüsseler Verbandes, daraufhin der Kongress nicht den Beitritt zur 3. Internationale beschloß, aber den Austritt aus der 2. Internationale beschloß, mit 403 127 gegen 70 225 Stimmen verworfen und das Verbleiben in der 2. Internationale beschlossen.

Neue polnische Angriffe in Litauen.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung der S. N.) Der Reppenberger Korrespondent der Monatspost meldet: Die Polen haben ihre Angriffe gegen Litauen auf deren Hauptstadt ernannt und haben die litauische Linie zwischen Minsk und Ostrow, durchbrochen. Auf litauischer Seite erwartete man, daß sie einen weiteren Vorstoß versuchen würden, um den linken Flügel des litauischen Herzens zu umzingeln. Der Hauptangriff wird in Richtung Rowno erwartet. Die litauische Regierung beginnt bereits mit der Räumung Rownos.

Warschau, 29. Oktober. Die Auslandskommission hat eine längere Resolution gefaßt, die sich mit der Wiener Angelegenheit beschäftigt und in der erklärt wird, daß Litwa überwiegend polnisch sei und eine Volksabstimmung über den Verbleib der Gebiete entscheiden müsse. Diese Resolution wird in den nächsten Tagen Gegenstand der Beratungen des Reichstags sein.

Rowno, 29. Oktober. (Lit. Tel.-Agent.) Der litauische Außenminister Purickis hatte in London eine lange Unterredung mit dem englischen Minister Lord Curzon über die Volksabstimmung in Wilna. Curzon gab an, daß sie unmöglich wäre. Purickis wird demnächst vom englischen Ministerpräsidenten Lloyd George empfangen werden.

Rumänien und die kleine Entente.

Bran, 30. Oktober. Der Venkon veröffentlicht eine Unterredung mit dem gestern abend angekommenen rumänischen Minister des Äußeren Take Janescu. Zu den Nachrichten über das Verhältnis Rumänien zur kleinen Entente äußerte der Minister, daß zwischen Rumänien einerseits und der Tschechoslowakei und Südbalkan andererseits nur eine wünschenswerte Vereinbarung bestehe: Rumänien wüßte jedoch eine feste Entente, welche den Frieden mit Mittel- und Osteuropa sichern könnte, und habe deshalb geraten, auch Polen und Jugoslawien in die kleine Entente einzubeziehen. Bulgarien habe sich bisher nicht zu der kleinen Entente gemeldet. Der Minister erklärte sich weiter als guten Freund sowohl Polens wie Tschechiens und für eine polnisch-tschechische Verständigung. Ined seines Belohens sei die Entente vorzubereiten; er wolle ein Bündnis für lange Jahre, also bei Geduld nötig. Die Nachrichten über ein Militärbündnis Rumänien mit Finnland, Ungarn und Polen erklärte der Minister für erfunden.

Die Alliierten in der Türkei.

London, 30. Oktober. (Neuer.) Der Wortlaut des Friedensvertrags mit der Türkei sowie des am 10. August unterzeichneten Abkommens zwischen der britischen Regierung, Frankreich und Griechenland betreffend Anatolien ist gestern veröffentlicht worden. Die kontrahierenden Mächte erhalten in der Türkei vollkommen gleiche Rechte bei der Zusammenlegung aller internationalen Kommissionen, die mit der Neuorganisation der öffentlichen Dienste betraut sind. Die kontrahierenden Mächte genießen die gleichen Rechte in Bezug auf Handel und Schifffahrt. Die anatolische Bahn, die Merkes-Tarlas-Adana-Bahn und ein Teil der Bagdadbahn auf türkischem Gebiet wird von einer Gesellschaft in Betrieb genommen, deren Kapital von einer britisch-französisch-italienischen Finanzgruppe gesichert wird.

Das Endergebnis der österreichischen Wahlen.

Wien, 31. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen der Hauptwahlbehörde werden im zweiten Ermittlungsverfahren die auf die Reichsräte entfallenden 15 Mandate in folgender Weise verteilt: Großdeutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 4, Christlichsozialisten 3, Deutsch-österreichische Bauernpartei 1. Der neue 175 Abgeordnete zählende Nationalrat hat somit folgende Zusammensetzung: Sozialdemokraten 66, Christlichsozialisten 82, Großdeutsche Volkspartei 22, Bauernpartei 4 und Bürgerliche Arbeiterpartei 1.

Litwinow von den Engländern verhaftet?

Paris, 31. Oktober. Nach einer hier eingetroffenen Meldung soll ein englisches Kriegsschiff Litwinow auf hoher See verhaftet und nach Batum gebracht haben.

Der Achtsundentag für die schweizerischen Verkehrsbetriebe.

Bern, 31. Oktober. Bei der heutigen Volksabstimmung ist das Gesetz für die endgültige Einführung des Achtsundentags bei den Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieben beschlossen worden.

Die Orgesch in Leipzig.

Der Polizeidirektor will aufklären.

Es war vorauszu sehen, daß unsere Enthüllungen über das Treiben der Orgesch in Leipzig den beteiligten Kreisen äußerst unangenehm sind. Das Leib- und Magenblatt aller Gegenrevolutionäre, die Leipziger Neuesten Nachrichten, hat die Sprache ganz verloren. Das ehrenwerte Blatt, das sonst jedes laubdicks Lüge über eine rote Armee seinen bedauernden Lesern in behaglicher Breite mittelste, fand bis jetzt noch keine Gelegenheit, auch nur einen Satz des von uns veröffentlichten Protokolls abzurufen. Wahrscheinlich will es erst die Verhaftungsmahregeln der Orgeschleute abwarten, um nicht in die Gefahr zu geraten, für diese mehr zu verderben als gutzumachen. Der Orgesch-Apparat funktioniert zur Zeit nicht sehr gut, weil nach den Enthüllungen ihre Mitglieder alle Hände voll zu tun haben, um das belastende Material auf die Seite zu schaffen. Das Militärtribunal, das sonst einige Offiziere zum Assessor Häuber brachte, wird jetzt zu wichtigeren Dingen benötigt, und die Heben Spigel, die gewöhnlich bei diesen Besuchen in der Königsstraße in Sophis als „harmlose Passanten“ die Wohnung Häubers suchten, müssen nun ihre acht Groschen auf eine andre Art zu verdienen suchen.

Das Leipziger Tageblatt glaubt die Sache als eine Wackmache abtun zu können. Immerhin muß es zugeben, daß die Orgesch-Drahtzieher keine harmlosen Leute sind. Das Blatt meint, wenn wirklich etwas Wahres an der Sache wäre, hätte Minister Kühn sicher davon Mitteilung gemacht. Wir wissen nicht, was Herr Kühn veranlaßt zu schweigen. Er wird sich darüber selbst zu äußern haben. Wahrscheinlich wird die Sache aber so liegen, daß Herr Kühn außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen muß, wenn er gegen die Orgesch etwas unternehmen will denn, wie schon angedeutet, hat diese Organisation überaus, in der Polizei wie in der Bureaucratie, ihre Helfershelfer sitzen, die rechtzeitig Warnungsrufe ergehen lassen. Vielleicht glaubte der Minister auch, daß er jetzt noch Gelegenheit zum Eingreifen gegen die Konterrevolutionäre finden würde, ein Glaube, den wir nicht zu teilen vermögen, weil durch die Ungeschicklichkeit eines Beamten und durch die Veröffentlichungen der Chemnitzer Volksstimme veranlaßt, die Vögel in Leipzig ihre Nester gesäubert haben. Vielleicht ist Herr Kühn jetzt mit uns der Ansicht, daß durch diplomatische Spitzfindigkeiten der Orgesch nicht bezwungen werden muß. Uebrigens hat Herr Kühn ja auch in seiner Volkskammerrede angedeutet, daß ihm seit längerer Zeit Interna aus der Orgesch in Sachen bekannt sind. Auch der Polizeikommissar Busch hat gestern in Dresden Bekundliches geäußert.

Dem demokratischen Leipziger Tageblatt ist die Sache unangenehm. Das ist auch erklärlich, denn die Mitglieder der Orgesch sitzen bis weit in die demokratische Partei hinein. Wenn das L. T. gar meint, wir hätten zwei Monate mit der Veröffentlichung gewartet, was schon allein dafür spräche, daß es eine Wackmache sei, so irrt es. Das, was wir veröffentlicht haben, wurde uns erst in den letzten Tagen zugestellt. Wir haben es veröffentlicht, nachdem wir alles eingehend geprüft und die Richtigkeit des Behaupteten bestätigt gefunden haben, und nachdem wir die Uebersetzung gewonnen, daß wir durch unsere Veröffentlichung etwa eingeleitete Aktionen des Ministers Kühn nicht durchkreuzen würden.

Eine sehr eigenartige Rolle spielt uns das Polizeiamt in der Stadt Leipzig bei der Angelegenheit zu spielen. In dem Protokoll waren alle belasteten Personen namhaft gemacht worden. Auch die Adressen waren beigelegt. Am Sonnabendvormittag rief nun das Polizeiamt die Redaktion der L. V. telephonisch an. Das Gespräch war in mehr wie einer Beziehung recht interessant. Der Polizeidirektor wollte nämlich erkennen den Namen des Redakteurs wissen, der am Telefon war, und zweitens den Namen unseres Gewährsmannes. Angeblich wollte er die Sache zum Gegenstand einer Untersuchung machen. Das Verlangen wurde natürlich abgewiesen. Wenn das Polizeiamt wirklich die Sache untersuchen will, findet es genug Anhaltspunkte im veröffentlichten Protokoll, dazu braucht es unsern Gewährsmann nicht zu wissen. Auch kann es sich Auskunft beim Minister des Innern oder beim Polizeikommissar Busch in Dresden holen. Ist das Polizeiamt nicht in der Lage, auf Grund des vorliegenden Materials eine Untersuchung mit Erfolg zu führen, dann haben die in Frage kommenden Beamten unserer Ansicht nach ihren Beruf verfehlt und es ist besser, die Stadtspartei das für sie ausgegebene Geld. Wir haben zum Polizeiamt absolut kein Vertrauen. Unser Mißtrauen wird begründet durch die Tatsache, daß der Staatsassessor Häuber längere Zeit selber im Polizeiamt der Stadt Leipzig beschäftigt worden ist. Auch jetzt noch wird Assessor Häuber vom Rat der Stadt Leipzig, Abteilung I, besoldet, trotzdem er keinerlei Tätigkeit für die Stadt ausübt. Häuber wurde im Vorjahr vom Polizeiamt besonders angefordert, weil er sich angeblich bei